

# **Gemeinsam für ein soziales, ökologisches, friedliches und buntes Hessen – Politikwechsel jetzt!**

Beschluss 10. Landesparteitag 11.-12. November 2017

## **LINKS wirkt – auch im Hessischen Landtag**

Seit 2008 ist DIE LINKE mit einer Fraktion im hessischen Landtag vertreten. In dieser Zeit haben wir gemeinsam mit Bürger\*innen, Gewerkschaften und außerparlamentarischen Bewegungen einiges erreicht.

Aus der Bundestagswahl geht DIE LINKE. Hessen deutlich gestärkt hervor. Nie zuvor hatte DIE LINKE in Hessen so viele Mitglieder wie heute. Wir sind die glaubwürdige Kraft für soziale Gerechtigkeit und gegen den Rechtsruck.

Unsere Aktivitäten zeigen, dass Druck von links Wirkung entfalten kann:

- Ohne DIE LINKE hätte es keine parlamentarische Mehrheit für die Abschaffung der Studiengebühren gegeben.
- Ohne den Druck der LINKEN wäre kein Untersuchungsausschuss für die Aufklärung des Behördenversagens im Zusammenhang mit dem NSU-Morden in Kassel eingesetzt worden.
- DIE LINKE hat sich immer konsequent gegen die Verschärfung des Asylrechts und gegen Abschiebungen eingesetzt.
- DIE LINKE hat gemeinsam mit DGB, Mieterbund und Mieter\*inneninitiativen erreicht, dass die Nassauische Heimstätte/Wohnstadt nicht privatisiert wurde.
- DIE LINKE hat mit Anderen bewirkt, dass die Landesregierung die Elternbeiträge bei den Kindertagesstätten teilweise erlässt und sich Kinderrechten sowie Kinderarmut widmen will.
- DIE LINKE hat die Forderungen von Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und Verbänden in den Landtag eingebracht.
- DIE LINKE hat konsequent Menschen gestärkt und unterstützt, die sich gegen die Verschlechterung ihrer Lebenssituation wehren und dagegen kämpfen, dass über ihre Köpfe hinweg regiert wird.

Dieses Engagement wollen wir gestärkt fortsetzen. Eine Stärkung der LINKEN in Hessen ist auch ein Signal für eine andere Politik im Bund und in den Kommunen. Eine Stärkung der LINKEN in Hessen ist eine Unterstützung für alle diejenigen Kräfte, die sich für einen grundsätzlichen Politikwechsel für soziale Gerechtigkeit und Frieden einsetzen.

## **Gemeinsam für ein soziales, ökologisches, friedliches und buntes Hessen – Politikwechsel jetzt!**

Hessen ist ein reiches Land. Die Wirtschaft wächst und die Steuereinnahmen des Landes steigen. Doch das ist nur die eine Seite der Medaille. Gleichzeitig wächst die Schere zwischen arm und reich. Während 1.400 Hess\*innen ein Einkommen von über einer Million Euro jährlich beziehen, sind rund 900.000 Menschen von Armut betroffen oder bedroht und 300.000 Menschen müssen für Niedriglöhne schuften. Leiharbeit, Minijobs, Schein- und Soloselbstständige breiten sich weiter aus. Immer mehr Menschen werden dazu gezwungen sich zur Existenzsicherung auf zeitlich befristete Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit, Schein- und Soloselbstständigkeit einzulassen. Auch

zwischen dem Ballungsraum Rhein-Main und den ländlichen Regionen Hessen wächst die Kluft. In den Städten mangelt es an bezahlbarem Wohnraum, während im ländlichen Raum der Leerstand wächst und Infrastruktur (Gesundheitsversorgung, Schule, Verwaltung usw.) zusammengestrichen und andere wie Breitband nicht aufgebaut wird. Busse und Bahnen in Rhein-Main platzen aus allen Nähten, während viele Dörfer vom ÖPNV abgehängt werden. Viele Schulen und öffentliche Einrichtungen sind marode oder werden heutigen Anforderungen nicht mehr gerecht.

Die Bildung ist nach wie vor unterfinanziert, der Ausbau der Ganztagschulen kommt nicht voran, Kita-Plätze fehlen und der Bildungserfolg ist weiterhin stark abhängig vom Einkommen und Vermögen oder der Herkunft der Eltern.

Unter diesen Vorzeichen fällt die Bilanz der schwarzgrünen Landesregierung mehr als düster aus. Vielfach haben CDU und Bündnis90/ Die Grünen an die neoliberale Politik der vorherigen CDU-FDP-Regierung angeknüpft. Auch die amtierende Landesregierung hat in erster Linie die Interessen des „Finanzplatzes Frankfurt“ und der großen Banken und Konzerne bedient. Die Politik der „Schuldenbremse“ und der „schwarzen Null“ dient der Regierung als Generalvollmacht für Sozialabbau und Privatisierung im Land und in den Kommunen. Es fehlen Investitionen in Milliardenhöhe für die öffentliche Infrastruktur, für die Städte, Kreise und Gemeinden sowie für den sozialen Wohnungsbau. Es fehlen Milliarden für Krankenhäuser, für Bildung, für Soziales und für Kultur. Das Thema soziale Gerechtigkeit bleibt eine Leerstelle.

Nach Außen präsentiert sich Ministerpräsident Volker Bouffier als Landesvater. Doch hinter dieser vermeintlich freundlichen Fassade versteckt sich weiterhin die Rechtsaußen-Hessen-CDU in der Tradition von Alfred Dregger, Manfred Kanther und Roland Koch, deren Politik untrennbar mit Schwarzgeldkoffern, rassistischen Wahlkampagnen und „brutalstmöglicher“ neoliberaler und unsozialer Politik verbunden ist.

Der Koalitionspartner, die Partei Bündnis90/Die Grünen, hat dieser CDU das Weiterregieren ermöglicht, und sich dabei meilenweit von ihren einstigen politischen Zielen entfernt. Sogar bei ehemaligen grünen Kernthemen sieht die Bilanz mau aus: Die Energiewende stockt, eine Verkehrswende ist nicht in Sicht, der Frankfurter Flughafen wird weiter ausgebaut, das Grundwasser in Osthessen dank K+S weiter versalzen. Grüne Grundpositionen, wie die Beendigung der Millionensubventionen für den unnötigen Flughafen Kassel oder den Baustopp der A44 sind der Regierungspolitik geopfert worden.

Schwarzgrün hat der Einsetzung des NSU-Untersuchungsausschusses nicht zugestimmt – was von der CDU zu erwarten war, aber für die Grünen eine politische Bankrotterklärung ist.

Und die hessische SPD? Im Landtag und in so mancher Kommune blinken die Sozialdemokrat\*innen gern mal links, um im gleichen Atemzug die Fehlentscheidungen der Großen Koalition zu verteidigen. Eine Abkehr von der Politik der Agenda 2010 hat nicht stattgefunden. Stattdessen stemmt sie sich gegen eine

Umverteilung von oben nach unten und eine bessere Finanzierung des Öffentlichen z.B. durch die Vermögenssteuer.

In vielen anderen hessischen Kommunen setzt die SPD in den Stadtregierungen die unsoziale Politik um, die sie anderenorts kritisiert. Egal, ob in der ein oder anderen Form: In dieser Verfassung bleibt die hessische SPD mehr Teil des Problems, denn der

Lösung.

DIE LINKE ist die entscheidende soziale-ökologische Opposition gegen die schwarzgrüne Landesregierung. Wir werden den Druck von links gegen diese Landespolitik verstärken, um einen Politikwechsel für Hessen zu erreichen. Der Grundsatz der Hessischen Verfassung (Art. 38), wonach die Wirtschaft dem Wohle der Bevölkerung und der Befriedigung ihres Bedarfes zu dienen hat, ist für uns Richtschnur unseres

Handelns.

DIE LINKE ist überzeugt: Hessen braucht eine andere Politik – einen Politikwechsel für ein soziales, ökologisches, friedliches und buntes Hessen.

### **Gute Arbeit in einem sozialen Hessen**

DIE LINKE setzt sich für ein Land ein, in dem alle Menschen ihre Persönlichkeit frei entfalten und sozial abgesichert in Würde leben können. Dafür müssen Armut und prekäre Beschäftigungsverhältnisse bekämpft und soziale Sicherheit ausgebaut werden.

DIE LINKE. Hessen setzt sich ein:

- Für aktive Armutsbekämpfung und einen wirksamen Landesaktionsplan gegen Kinderarmut
- Für ein Gesetz zur öffentlichen Auftragsvergabe, das soziale- und ökologische Standards angemessen berücksichtigt und keine Schlupflöcher lässt sowie einen landesspezifischen Mindestlohn einführt
- Für einen Ausbau öffentlicher Beschäftigung und mehr Wertschätzung für die Landesbeschäftigten, unter anderem Rückkehr in die Tarifgemeinschaft (TdL) und Senkung der Wochenarbeitszeit für die Beamten
- Für die Sicherung der Arbeitsplätze in der Automobil- und Zulieferindustrie durch konsequenten sozial-ökologischen Umbau und ein entsprechendes Verkehrskonzept gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften.
- Für den Ausbau demokratischer Mitbestimmungsrechte in den Betrieben und Dienststellen
- Für gute Arbeitsbedingungen im Gesundheits- und im Sozialwesen sowie der Pädagogik, auch um der Altersarmut von Frauen zu begegnen

### **Bezahlbar Wohnen – Der Wohnungsnot entgegentreten!**

In den Ballungszentren, Universitätsstädten und kleineren Städten fehlt es an allen Ecken und Enden an bezahlbarem Wohnraum. DIE LINKE bekämpft Wohnungsmangel konsequent. Wir setzen uns für den Bau von mindestens 10.000

Sozialwohnungen jährlich ein, um der neuen Wohnungsnot zu begegnen. Wir entwickeln ein wohnungspolitisches Gesamtkonzept, das Barrierefreiheit berücksichtigt und auch alternative sowie genossenschaftliche Modelle und Beschlagnahme von spekulativem Leerstand miteinbezieht. Dabei stellen wir stets die grundsätzliche Frage „Wem gehört die Stadt? Und wem gehören Grund und Boden? Wir kämpfen für Städte und Gemeinden, in denen die Interessen der Menschen und nicht der Profit von Privatinvestoren im Mittelpunkt stehen. DIE LINKE. Hessen setzt sich ein:

- Für die Errichtung von mindestens 10.000 Sozialwohnungen und 2.000 Studierendenwohnungen im Jahr
- Für die Nutzung von Landesflächen für den sozialen Wohnungsbau
- Für die Unterstützung öffentlicher Wohnungsbaugesellschaften
- Für ein Landesgesetz, das es Kommunen ermöglicht gegen Leerstand vorzugehen

### **Sozial- und Gesundheitspolitik für mehr Lebensqualität**

Wir wollen ein Land, in dem alle Menschen ihre Persönlichkeit frei entfalten und sozial abgesichert sein können. Armut muss konsequent bekämpft werden. Soziale Dienstleistungen wie Schuldner\*innenberatung, Frauenhäuser, Betreuung HIV-Positiver, Erziehungsberatung, Hilfe für Wohnungslose und ambulante Drogenhilfe müssen wieder stärker öffentlich gefördert werden. Wir wollen, dass allen Menschen eine gesellschaftliche Teilhabe möglich ist. Deshalb muss Hartz IV abgeschafft und durch eine **bedarfsgerechte, sanktionsfreie** Mindestsicherung ersetzt werden.

Gesundheitsversorgung gehört in öffentliche Hand. Privatisierte Krankenhäuser müssen zurück in öffentlichen Besitz. Alle Krankenhäuser müssen so ausgestattet werden, dass die bestmögliche Gesundheitsversorgung und Pflege aller selbstverständlich ist. Auch auf dem Land muss eine wohnortnahe ärztliche und pflegerische Betreuung gewährleistet werden. Gesundheitsversorgung muss nicht profitabel, sondern sozial sein. Auch öffentliche Krankenhäuser dürfen deshalb nicht rein betriebswirtschaftlich geführt werden. Wir wollen keine Zweiklassenmedizin und gute Arbeitsbedingungen für Menschen in der Pflege.

### **Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land**

Die Kluft zwischen Stadt und Land wächst. Um dieser Entwicklung zu begegnen, fordert DIE LINKE Strukturpolitische Maßnahmen für ländliche Regionen, Während der Bevölkerungsdruck auf die Ballungsgebiete wächst, stellen sich auf dem Land ganz andere Probleme: Der ÖPNV muss ausgebaut werden, Schulen müssen erhalten bleiben, Ämter und Behörden müssen Bürger\*innennah zur Verfügung stehen, Arbeits- und Ausbildungsplätze in mittelständischen Betrieben gefördert, Breitbandausbau unterstützt werden, Freizeit und Kulturangebote erhalten bleiben.

Deshalb fordert DIE LINKE den Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung, der den Kommunen mehr Handlungsmöglichkeiten eröffnet.

DIE LINKE. Hessen setzt sich ein:

- Für lebenswerte Bedingungen im ländlichen Raum

- Einrichtungen der öffentlichen Hand im ländlichen Raum ansiedeln
- Für den Erhalt der Infrastruktur (wie etwa Gesundheitsversorgung, ÖPNV, Einkaufsmöglichkeiten, Grundschulen, Bibliotheken, Schwimmbäder)
- Für flächendeckenden Breitband- und Mobilfunkausbau (5G)

### **Digitalisierung sozial gerecht gestalten**

Die Digitalisierung bietet die Chance, vielen Menschen einen schnellen Zugang zu Informationen zu ermöglichen. Das geschieht aber nicht von selbst, sondern muss durchgesetzt werden. Die Nutzung digitaler Netze und Medien erfordert den flächendeckenden Breitbandausbau. Der Netzzugang muss für alle Menschen möglich und finanzierbar sein. Die Städte und Gemeinden in Hessen sollen auf öffentlichen Plätzen und in den öffentlichen Einrichtungen kostenlosen Netzzugang möglich machen.

DIE LINKE. Hessen setzt sich ein:

- für kostenloses WLAN im öffentlichen Raum
- für eine ethische Auseinandersetzung mit digitalen Themen in Bildungseinrichtungen
- für einen barrierefreien Zugang zum Internet für Alle

### **Bildungsgerechtigkeit von Anfang an verwirklichen**

Bildung ist ein Menschenrecht. Jede\*r Mensch muss ein Leben lang freien Zugang zu Bildung haben. DIE LINKE setzt sich für gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse ein. In dieser „Schule für alle“ wird jedes Kind so gefördert, wie es den individuellen Bedürfnissen entspricht. Der Ausbau von Ganztagschulen muss beschleunigt werden - nicht einmal ein Prozent aller Grundschulen in Hessen sind echte Ganztagschulen. Der Lehrermangel und die Überlastung der Lehrkräfte müssen ein Ende haben. Wir wollen, dass die Lehrer\*innen\*ausbildung verbessert wird und dass alle Lehrer\*innen gleiche Bezahlung erhalten. An allen Schulen sind multiprofessionelle Teams unerlässlich. Dafür sollen ausreichend Schulpsycholog\*innen und Sozialarbeiter\*innen eingestellt werden. Nur so können Integration und Inklusion tatsächlich gelingen. Inklusion ist nicht als Sparprogramm realisierbar. Daher spricht sich DIE LINKE vehement gegen Schwerpunktschulen in so genannten inklusiven Schulbündnissen aus. Zudem fordern wir, dass die Lernmittelfreiheit, die die Hessische Verfassung vorschreibt, auch tatsächlich verwirklicht wird und der Schülerverkehr kostenfrei zur Verfügung steht. Von der frühkindlichen Bildung bis zur Berufsausbildung gilt der Grundsatz: Bildung darf niemals vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein.

DIE LINKE. Hessen setzt sich ein:

- Für längeres gemeinsames Lernen in einer „Schule für alle“.
- Für den Ausbau der Ganztagschulen.
- Für die Umsetzung von Inklusion ohne Ressourcenvorbehalt und die bedarfsgerechte Ausstattung aller Schulen.
- Für freien Zugang zu Bildung in einem inklusiven Bildungssystem sowie für längeres gemeinsames Lernen in einer „Schule für alle“, wie es die UN-Behindertenrechts Konvention als Menschenrecht definiert

- Für die Beitragsfreiheit von Kitas, Kinderkrippen und Kindertagespflege und die Verbesserung der personellen Mindeststandards bei
- Kostenübernahme durch das Land.
- Für die gerechte Bezahlung aller Lehrkräfte mindestens nach A13.

### **Für ein Hessen mit Kultur**

Künstlerische Leistungen, kulturelle Bildung und Erinnerungskultur sind Grundlagen einer lebendigen Demokratie. Kultureinrichtungen und -Initiativen dürfen nicht angeblichen Finanznöten geopfert werden.

DIE LINKE. Hessen setzt sich ein

- Für den Erhalt von Kulturangeboten und Ausbau der kulturellen Bildung vor Ort in den Kommunen (Bibliotheken, Musikschulen, kommunale Kinos, Museen)
- Für eine ausreichende Finanzierung der Landeseinrichtungen für langfristige Planbarkeit und gute Arbeitsbedingungen an den hessischen Staatstheatern und Landesmuseen
- Für die Förderung der Soziokultur und der freien Kunstszene

### **Für ein buntes statt braunes Hessen**

CDU und Bündnis90/ Die Grünen haben zusammen mit der schwarz-roten Bundesregierung das Asylrecht verschärft und tragen die europäische

Abschottungspolitik mit. DIE LINKE. Hessen lehnt die beschlossene Aushöhlung und weiter Verschärfung des Grundrechts auf Asyl kategorisch ab und wird sich an Protesten dagegen beteiligen. DIE LINKE. Hessen steht ein für das Menschenrecht auf Asyl.

Das bundesweite Erstarken rechtsradikaler, faschistischer, rassistischer, antisemitischer, islamfeindlicher, frauenfeindlicher und nationalkonservativer Ideologien macht auch vor Hessen nicht halt. In immer mehr Teilen der Gesellschaft hat der Hass gegen Migrant\*innen, Homo- und Transsexuelle und Linke zugenommen, gewalttätige Übergriffe sind die Folge. DIE LINKE. Hessen wird die freie Gesellschaft gegen AfD und Konsorten verteidigen und Schulter an Schulter mit Betroffenen rechter Gewalt stehen.

DIE LINKE. Hessen setzt sich ein:

- Für einen humanitären Umgang mit Geflüchteten
- Für einen konsequenten Einsatz gegen Rassismus“
- Für eine Unterstützung der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer
- Für gleiche Rechte und gute Lebensbedingungen für alle hier lebenden Menschen. Wahlrecht für alle hier ansässigen Menschen ab 16 Jahren
- Für eine drastische Anhebung der Mittel für die internationale Flüchtlingshilfe, zur Verbesserung der Perspektiven der Flüchtling in ihren Herkunfts- und Zufluchtsländern
- Gegen jegliche Abschiebungen und für ein Bleiberecht für Alle
- Gegen den Rechtsruck in der Gesellschaft und im Parlament
- Für eine unabhängige Beratungsstelle von Opfern rechter Gewalt

## **Für die Verkehrswende in Hessen**

Jeder Mensch hat ein Recht auf barrierefreie Mobilität. Aber Busse und Bahnen in Rhein-Main platzen aus allen Nähten und viele Dörfer in Hessen sind vom ÖPNV mittlerweile abgehängt. Nicht nur dem Recht auf Mobilität sieht sich DIE LINKE. Hessen verpflichtet, sondern auch dem Klima- und Umweltschutz. Damit verbunden ist eine dringend erforderliche Verminderung von gesundheitsgefährdeten Abgasen und klimaschädlichen Emissionen. Die Reduzierung der Notwendigkeit des Individualverkehrs spielt dabei eine zentrale Rolle. Die Landesregierung aus CDU und Grünen hat den Kommunen bei dieser wichtigen Aufgabe wenig unterstützt.

DIE LINKE. Hessen setzt sich ein:

- Für den Ausbau und die Förderung des barrierefreien ÖPNV auf der Straße und Schiene in Hessen mit dem Ziel des Nulltarifs.
- Die gezielte Anbindung des ländlichen Raums an das ÖPNV Netz
- Die Förderung der Elektromobilität und alternativer Antriebstechnologie (z.B. Brennstoffzellen) in Hessen
- Den Ausbau des Fahrradstreckenfernnetzes und Fahrradleihsystems in Hessen
- Die Förderung von alternativen Verkehrskonzepten wie Carsharing, Sammelbusse oder lokaler Straßenbahnnetzen
- Eine Initiative im Bundesrat zur Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes zur Stärkung kommunaler ÖPNV-Unternehmen und deren Finanzierungsmöglichkeiten

## **Für ein Hessen des sozialökologischen Umbaus**

Die Globalisierungskritikerin Naomi Klein hat es auf den Punkt gebracht. Ein entscheidender Konflikt unserer Epoche lautet: „Kapitalismus versus Klima“. Es bedeutet nie dagewesene Hitzewellen, Dürreperioden, Überschwemmungen und Millionen von Klimaflüchtlingen. Betroffen von den Folgen des Klimawandels sind vor allem Arme. Am Beispiel des Unternehmens K + S und dem Dieselskandal zeigt sich, dass Rendite um jeden Preis zulasten von Umweltstandards und am Ende zulasten von Arbeitsplätzen geht. DIE LINKE setzt sich daher konsequent für einen sozialökologischen Umbau ein. Auch aus diesem Grund stellen wir uns gegen die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA. Wir wehren uns gegen Fracking, die Verlärmung des Rhein-Main-Gebiets und den Vorrang für den motorisierten Individualverkehr. Stattdessen wollen wir eine dezentrale Energiewende in öffentlichem oder genossenschaftlichem Eigentum, eine Verkehrswende mit deutlicher Stärkung des ÖPNV mit dem Ziel des Nulltarifs sowie eine wirksame Bekämpfung des Straßenverkehrs-, Bahn- und Fluglärms.

DIE LINKE. Hessen setzt sich ein:

- Für eine dezentrale Energiewende, Energieversorgung gehört in die öffentliche Hand
- Für den Ausbau der Schiene und eines schadstoffarmen ÖPNV, Senkung der Fahrpreise mit dem Ziel Nulltarif
- Für die Reduzierung der Flugbewegungen, ein Nachflugverbot von 22 – 6 Uhr und die Verlagerung der Kurzstreckenflüge auf die Schiene
- Für die Herabstufung des Flughafens Kassel-Calden zum Verkehrslandeplatz

## **Mehr Agrarökologie zum Schutz für Mensch, Tier und Umwelt**

Der Art der Landbewirtschaftung kommt bei der Verbesserung der Lebensverhältnisse und der Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raumes eine besondere Rolle zu.

Der hohe Industrialisierungsgrad vieler landwirtschaftlicher Betriebe führt unter anderem durch Pflanzenschutzmittelrückstände und Überdüngung, durch Verarmung in Natur und Kultur, durch schlechte Arbeitsbedingungen und Bildung von multiresistenten Keimen zu schwerwiegenden Problemen.

DIE LINKE. Hessen setzt sich ein für eine gentechnikfreie, bäuerliche Landwirtschaft, naturverbundenen Gartenbau und eine handwerkliche Weiterverarbeitung – so fördern wir eine regionale Wertschöpfung und einen lebendigen ländlichen Raum. Um dem Leid in der Massentierhaltung ein Ende zu bereiten, setzen wir uns ein für ein Verbandsklagerecht von Organisationen, die sich um die Rechte und den Schutz der Nutztiere kümmern.

## **Selbstbestimmt leben in einem inklusiven Land**

Inklusion ist ein Menschenrecht. DIE LINKE tritt für eine volle und wirksame Teilhabe aller Menschen mit Behinderungen ein. Wir wollen Barrieren abbauen - bauliche, kommunikative und strukturelle – und Senioren und Menschen mit Behinderungen eine unabhängige Lebensführung erleichtern. DIE LINKE tritt ein für Inklusion

- mit entsprechende personelle und materielle Ausstattung der Einrichtungen
- mit guten Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte bzw. Beschäftigte in den jeweiligen Einrichtungen

## **Für ein friedliches Hessen**

„Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet,“ heißt es in Art. 69 Hessische Verfassung. Aufrüstung und Militarisierung machen auch vor Hessen nicht halt. Mehr als hundert Firmen in Hessen stellen Panzer, Zielfernrohre, Gasmasken und andere Rüstungsgüter her. In Hessen stationierte Soldaten sind an weltweiten Kriegseinsätzen beteiligt. DIE LINKE kämpft dafür, dass Auslandseinsätze der Bundeswehr beendet, die Aufrüstung und Waffenexporte gestoppt und die Militarisierung im Innern, etwa in Schulen, Hochschulen und Arbeitsagenturen beendet wird.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Für eine Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Produktion
- Förderung der Friedensforschung in Hessen
- Auflösung der Kooperationsvereinbarung zwischen Kultusministerium und Bundeswehr
- Friedliche Forschung an den Hochschulen stärken und Forschung, die militärischen Zwecken dient, verbieten
- Für eine Stärkung der Freiwilligen Feuerwehren und der Technischen Hilfswerke im Rahmen des nationalen und internationalen Katastrophenschutzes.



## **Für Investitionen in Hessens Zukunft**

Obwohl sich die Steuereinnahmen spürbar erhöht haben, kürzt die Landesregierung unter den selbst gesetzten Vorgaben der „Schuldenbremse“ und der „Schwarzen Null“ die Zukunft der Menschen im Land Hessen. Viele Schulen, Pflegeeinrichtungen, Schwimmbäder und andere Bereiche der öffentlichen Infrastruktur sind marode. Die kommunale Selbstverwaltung unserer Städte, Kreise und Gemeinden ist vielfach nur noch Makulatur, weil das Land die Kommunen nicht ausreichend finanziell ausstattet und zu teilweise empfindlichen Leistungskürzungen gezwungen hat.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Investitionen in Schulen, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sowie in den sozialen Wohnungsbau
- Auskömmliche Finanzierung der Kommunen und Erhalt der kommunalen Selbstverwaltung
- Keine Verlagerung der Aufgaben an die Kommunen ohne vollständigen finanziellen Ausgleich
- Keine Privatisierung öffentlichen Eigentums gleichgültig in welcher Form und keine öffentlich-private-Partnerschaften
- Rekommunalisierung vormals kommunaler Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge

## **Für ein gerechteres Hessen –Umfairteilen!**

CDU, SPD, Grüne und FDP haben 2011 die sogenannte Schuldenbremse beschlossen. Nun dient sie den Regierenden als Vorwand für Sozialabbau und Privatisierung und Kürzung von öffentlichen Leistungen. Trotz der Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs bleiben die meisten Kommunen in Hessen deutlich unterfinanziert. DIE LINKE will die Reichen und Großkonzerne deutlich höher besteuern, um notwendige öffentliche Aufgaben zu finanzieren. Wir kämpfen für die Wiedereinführung der Vermögensteuer als Millionärssteuer und eine Erbschaftssteuer, die ihren Namen verdient.

DIE LINKE. Hessen setzt sich ein:

- Für eine Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung der Vermögensteuer.
- Für die Einstellung von weiteren Betriebsprüfern, um Steuerhinterziehung zu bekämpfen.

## **Gemeinsam für einen Politikwechsel**

DIE LINKE kämpft dafür, die Lebensbedingungen der Menschen konkret zu verbessern. Kein Schritt in die richtige Richtung wird an der LINKEN scheitern. Dafür suchen wir auch die Zusammenarbeit mit Partnern, mit denen es möglich ist, einen echten Politikwechsel durchzusetzen und Hessen sozialer und gerechter zu machen. Aber nur allzu oft haben Parteien nach der Wahl das Gegenteil von dem gemacht, was sie vor der Wahl versprochen haben. Eine Regierungsbeteiligung allein – das zeigt nicht zuletzt die Politik der SPD im Bund und die von Bündnis90/ Die Grünen in Wiesbaden – bedeutet noch keinen Politikwechsel. Mehr noch, SPD und Grüne

haben in der Vergangenheit gezeigt, dass sie im Kern dieselbe unsoziale Politik wie FDP und CDU machen. DIE LINKE dagegen wird sich an keiner Regierung beteiligen, die Sozialabbau, Privatisierungen, Abschiebungen oder Arbeitsplatzabbau betreibt. Wir werden jeder Verbesserung im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung zustimmen und jede Verschlechterung entschieden bekämpfen. DIE LINKE streitet für einen grundsätzlichen Politikwechsel – innerhalb und außerhalb des Parlaments.

Gemeinsam mit vielen Menschen, die sich für ihre sozialen Interessen einsetzen, mit streikenden Belegschaften, Gewerkschaften, Stadtteilbewegungen, Bürger\*innen-, Friedens- und Erwerbsloseninitiativen, Flüchtlingshelfer\*innen, kritischen Intellektuellen und vielen mehr arbeiten wir weiter an der Bildung eines Lagers der Solidarität, um die Voraussetzungen für eine grundsätzliche Wende für soziale Gerechtigkeit und Frieden zu schaffen.

Grenzenloses Profitstreben, Kriege und Klimakatastrophe: Der Kapitalismus ist die zentrale Ursache für viele Probleme auf unserem Planeten. Damit wollen wir uns nicht abfinden. DIE LINKE streitet für eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus, in der der Mensch und Natur statt des Strebens nach Profit im Mittelpunkt stehen.

Ändern wir Hessen und die Welt – Es wird höchste Zeit!